Betrifft Verkauf von Sprengstoff an Einwohner der Gemeinde Büsingen durch die Firma Merki AG, Schaffhausen

Herr Regierungsrat,


Dies vorausgeschickt gilt es zu unterscheiden zwischen dem derzeitigen völkerrechtlichen Status der Enklave Büsingen und den Rechtsverhältnissen, die nach Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen am Hochrhein in das schweizerische Zollgebiet herrschen werden.

a) Unter den heutigen Verhältnissen ist die Enklave Büsingen mit Bezug auf die Vorschriften des Kriegsmaterial-
beschlusses als Ausland zu betrachten; die Belieferung
der Gemeindebehörde Büsing en in der Person des Herrn
Forstwirts Erwin Weiss mit Sprengstoffen und Pulver durch
einen schweizerischen Sprengstoff- und Pulverhändler
setzt eine gültige, vom BMD ausgestellte Ausfuhrbe-
willigung für dieses Material voraus (Art. 14 f. KMB).
Eine solche Bewilligung wäre bereits für die bisherigen
Lieferungen notwendig gewesen, wurde aber wohl aus
Unkenntnis nicht eingeholt. Die Direktion der Eidg.
Militärverwaltung hat sich bereit erklärt, auf Ihre
Empfehlung vom 30. Mai 1967 hin i.S. des bisherigen an
sich vernünftigen Procedere der Firma Merki AG in
Schaffhausen eine entsprechende generelle Bewilligung
zur Ausfuhr solchen Materials nach Büsing en zu erteilen.

b) Anders werden die Verhältnisse nach dem Inkrafttreten
des genannten Staatsvertrages über die Einbeziehung der
Gemeinde Büsing en in das schweizerische Zollgebiet
liegen. Nach Art. 2 lit. b Büsingervertrag werden in
Büsing en in jenem Zeitpunkt ganz generell die Rechts-
und Verwaltungsvorschriften Anwendung finden, die sich
auf Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren beziehen (BB 1
1965 II 1177). Das bedeutet, dass alle in der schweizi-
erischen Gesetzgebung bestehenden Ein-, Aus- und Durch-
fuhrbestimmungen ohne weiteres auch für Büsing en gelten.
Das zur Einführung gelangende schweizerische Recht wird,
soweit in Vertrag nichts anderes vorgesehen ist, durch
schweizerische Behörden vollzogen. Der Gemeinde Büsing en
kommt bei der Anwendung schweizerischen Rechts dieselbe
Rechtstellung zu, wie einer Gemeinde des Kantons
Schaffhausen (BB 1965 II 1143 f.). Daraus ergibt sich
für unsern Fall, dass wohl die Einfuhr von Spreng-
und Zündmitteln sowie von Pulver aus der Bundesrepublik
Deutschland nach Büsing en einer Einfuhrbewilligung
gemäss KMB bedarf, nicht mehr aber die Belieferung
aus dem Kanton Schaffhausen. Andererseits untersteht die Kontrolle darüber, was mit diesen Spreng- und Zündmitteln in Büsingen geschieht, den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland. Die Firma Merki AG und allfällige andere Firmen können infolge dessen die Einwohner von Büsingen nach Inkrafttreten des Staatsvertrages frei und ohne weitere schweizerische Formalitäten beliefern.


Dieser Beschluss ist immer noch in Kraft, und die Bundesanwaltschaft hat feststellen können, dass er von kantonalen Behörden gegenwärtig noch angewandt wird. Da inzwischen in der Schweiz zahlreiche weitere Sprengstoffattentate
verübt worden sind, besteht für dessen Aufhebung kein Anlass.

Indessen sind wir der Auffassung, dass der Beschluss nach der Absicht des Gesetzgebers die Sprengstofflieferungen nicht betrifft, die zur Intervention des Bürgermeisters von Büningen am Hochrhein geführt haben. Nach unserem Dafürhalten sollten die Sprengstofflieferungen an die Einwohner der Enklave Büningen weitergeführt werden können, vorausgesetzt, dass es sich, wie in Ziff. 2 des erwähnten Beschlusses ausgedrückt, um die bisherigen bekannten und vertrauenswürdigen Bezüger handelt. Diese Lösung würde überdies, wie Sie selber hervorhoben, den Vorteil einer Kontrolle dieser Lieferungen durch die schweizerischen Behörden ermöglichen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Regierungsrat, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

DER BUNDESANWALT:

z.K. an:

- Direktion der Eidg. Militärverwaltung, 3003 Bern
- Politisches Departement, Rechtsdienst, zb. von Herrn Dr. Dubois.